



Ökumenische Weltversammlung in Karlsruhe

Karlsruhe Karlsruhe ist eine Woche lang Bühne des weltweiten Austauschs von Kirchen und Religionsgemeinschaften. Bis zum 8. September organisiert der ökumenische Weltkirchenrat (ÖRK) dort seine Vollversammlung. Aus mehr als 100 Ländern reisen etwa 4.000 Christinnen und Christen an. Erstmals in der Geschichte des 1948 gegründeten Dachverbands tagt die Versammlung in Deutschland. Zur Eröffnung der nur alle acht Jahre organisierten Versammlung kam auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der mit einer Ansprache die Delegierten begrüßte.

Der Freiburger Erzbischof Stephan Burger sprach von einem historischen Ereignis. Wenn in Karlsruhe „Christinnen und Christen unterschiedlichster Konfessionen, Nationalitäten, Sprachen und Nationen zusammenkommen“, sei dies ein weiterer Schritt „auf dem langen und mühsamen Weg hin zur Einheit der Kirche“. Den aktuellen Herausforderungen in der Welt könnten die Christen nur gemeinsam begegnen, so Burger.

Der ÖRK berät in Karlsruhe über internationalen christlichen Dialog, Theologie sowie über gesellschaftspoli-

tische Fragen. Thematisiert sind beispielsweise Klima- und Umweltschutz, Abrüstungsfragen sowie der weltweite Kampf gegen Hunger und Armut. Der russische Angriff auf die Ukraine wirft einen Schatten auf das Ökumene-Treffen. In Karlsruhe sollen auch Delegierte aus Russland und der Ukraine miteinander ins Gespräch kommen. ÖRK-Sprecherin Marianne Ejdersen beschrieb den Weltkirchenrat als einzigartiges Forum für weltweiten Dialog. „Niemand außer dem ÖRK kann alle Kirchen an einen Tisch bringen.“

Das Leitwort der Versammlung lautet „Die Liebe Christi bewegt, versöhnt und eint die Welt“. Am Ende der Tagung wollen die Delegierten mehrere Stellungnahmen zu verschiedenen Themen beschließen. Konflikte werden etwa bei der Positionierung zum Nahostkonflikt erwartet. Außerdem wird der Hauptausschuss des ÖRK neu gewählt.

Im Weltkirchenrat vertreten sind vor allem evangelische, anglikanische und orthodoxe Kirchen. Die katholische Kirche hat Gaststatus. Sie ist mit einer Delegation unter Leitung von Kardinal Kurt Koch dabei.

„Keine politischen Stellungnahmen“ vom Papst

Vatikanstadt Der Vatikan hat die Stellungnahmen des Papstes zum Ukrainekrieg politisch eingeordnet. Seine Worte zu diesem „dramatischen Thema“ seien zu verstehen als „Verteidigung des menschlichen Lebens und der damit verbundenen Werte“, heißt es in einer Mitteilung des Heiligen Stuhls. Die Papstworte zum Krieg sollten nicht als „politische Stellungnahmen“ gelesen werden.

Anlass des Schreibens, das unmittelbar aus dem vatikanischen Staatssekretariat kommt, seien die vielen öffentlichen Diskussionen über die politische Bedeutung der Äußerungen von Franziskus und seinen Mitarbeitern zu diesem Thema. Die „zahlreichen Interventionen“ dienten dazu, „die Hirten und die Gläubigen zum Gebet und alle Menschen guten Willens zur Solidarität und zu Bemühungen um den Wiederaufbau des Friedens einzuladen“, heißt es. Unmissverständlich benennt der Vatikan in dem Statement Russland als Aggressor. Der

ausgedehnte Krieg in der Ukraine sei „von der Russischen Föderation begonnen worden“, so der Text. Franziskus verurteile ihn „klar und unmissverständlich als moralisch ungerecht, inakzeptabel, barbarisch, sinnlos, widerwärtig und als Gotteslästerung“.

Am 24. August hatte der Papst bei der Generalaudienz über den „Wahnsinn des Krieges“ gesprochen, der sich auf beiden Seiten zeige. Daraufhin hatte die Ukraine auf unterschiedlichen diplomatischen und politischen Kanälen scharf dagegen protestiert, dass der Papst den Aggressor Russland und das angegriffene Land Ukraine auf eine Stufe gestellt habe. Für Ärger sorgten vor allem die Einlassungen von Franziskus zum Mord an der moskautreuen russischen Berichterstatteerin Darja Dugina. Das Kirchenoberhaupt hatte von einer „armen jungen Frau“ gesprochen, „die in Moskau im Auto von einer Bombe in die Luft gejagt wurde“.

Polens Kirche verschärft nach Unfall die Regeln für Pilgerreisen

Warschau Nach einem Busunglück mit zwölf Toten will die katholische Kirche in Polen mit neuen Leitlinien Pilgerfahrten sicherer machen. Man werde an die Organisatoren von Pilgerreisen appellieren, „sich mehr um die Sicherheit zu kümmern, unter anderem Übernachtungen vorzusehen und keine Nonstop-Fahrten zu planen“, sagte der zuständige Weihbischof Krzysztof Zadarko der polnischen Nachrichtenagentur KAI. Er kritisierte einen „Druck, Pilgerfahrten so billig wie möglich zu machen“. Das könne „fatale Folgen“ haben. Ein Bus mit polnischen Pilgern war Anfang August auf der Autobahn nordöstlich der kroatischen Hauptstadt Zagreb von der Fahrbahn abgekommen. Die Gruppe war auf dem Weg zum Abschlussgottesdienst des Jugendfestivals im Wallfahrtsort Medjugorje im Südwesten von Bosnien und Herzegowina. Zwölf Personen kamen durch den Unfall ums Leben, 32 weitere wurden verletzt. Laut kroatischen Medien soll der Busfahrer am Steuer eingeschlafen sein. Zadarko erklärte, der von ihm geleitete Rat für Migration, Tourismus und Pilgerreisen der Polnischen Bischofskonferenz werde im Herbst neue „Leitlinien für die Pilgerseelsorge“ vorlegen. Diese würden auch Sicherheitsregeln enthalten. „Es wird wahrscheinlich nötig sein, die Zertifizierung von Pilgerbüros einzuführen, die die notwendigen Bedingungen für die Sicherheit und religiöse Ausrichtung von Pilgerfahrten erfüllen“, so der Weihbischof. Medjugorje zählt zu den größten katholischen Wallfahrtsorten. Bekannt wurde er durch Berichte von Marienerscheinungen seit Juni 1981 von damals sechs Jugendlichen, die bei einigen bis heute andauern sollen. Das Jugendfestival gilt neben dem Jahrestag der Erscheinungen als Höhepunkt des Jahres in Medjugorje. Seit 1989 findet es jährlich im August statt und dauert fünf Tage.

Studie: Online-Bewertungen von Touristen stark wetterfühlig

Jerusalem Das Wetter hat laut einer Studie großen Einfluss auf die Bewertung touristischer Einrichtungen. Dies gilt demnach sowohl zum Zeitpunkt des Aufenthalts wie auch zum Zeitpunkt der Bewertung. Zu diesem Schluss kommen die Wirtschaftswissenschaftler Janiv Dover (Hebräische Universität Jerusalem) und Leif Brandes (Universität Luzern). Sie untersuchten laut Mitteilung 340.000 anonyme Online-Bewertungen zu Hotelbuchungen aus zwölf Jahren darauf, wie das Wetter am Bewertungstag die Bewertung beeinflusst hat. Zum Einsatz kam ein statistisches Modell, das sowohl die Entscheidung zur Abgabe einer Bewertung wie auch deren Inhalt berücksichtigt. Dover und Brandes untersuchten dabei die schriftliche Bewertung unter Berücksichtigung des Wetters während des Aufenthalts sowie des Wetters am Standort des Bewerbers zum Zeitpunkt der Eingabe. Das Ergebnis zeige eindeutig, dass schlechtes Wetter wie Regen oder Schnee die Bewertung des Hotels im Nachhinein

durchschnittlich fast um einen Stern herabstufte. Ferner veranlasse schlechtes Wetter den Bewerter dazu, längere, kritischere und detailliertere Bewertungen zu verfassen. Gleichzeitig steigt laut den Forschern bei schlechtem Wetter die Wahrscheinlichkeit, überhaupt eine Bewertung zu schreiben. Die Auswirkungen des Wetters zum Zeitpunkt der Bewertung seien dabei unabhängig vom Wetter während des Aufenthalts. Der Effekt könnte laut den Forschern darauf zurückzuführen sein, dass schlechtes Wetter eine allgemein negative Stimmung oder verstärkt negative Erinnerungen auslösen könnte.

Zehntausende Hochwasserflüchtlinge strömen nach Karatschi

Bonn In der pakistanischen Metropole Karatschi droht infolge der nationalen Hochwasserkatastrophe ein Flüchtlingsdrama. Mehr als 50.000 Menschen aus den Hochwassergebieten der Provinz Sindh haben bereits Zuflucht in von den Behörden eingerichteten Lagern der Stadt mit 14 Millionen Einwohnern gesucht, wie das pakistanische Nachrichtenportal „Dawn“ berichtete. Der Zustrom aus den überfluteten Regionen in die Hauptstadt von Sindh halte weiter an. Täglich kämen bis zu 4.000 Hochwasserflüchtlinge nach Karatschi. Die Lage in Sindh droht sich durch einen steigenden Pegel des Flusses Indus weiter zu verschärfen. Durch Flutwellen aus den Nebenflüssen könnten die Dämme an den Ufern brechen, berichtete das pakistanische Nachrichtenportal „Express Tribune“. Nach den schwersten Monsunregenfällen seit Jahrzehnten steht ein Drittel von Pakistan unter Wasser. Mehr als 1.100 Menschen sind bisher ums Leben gekommen. Rund 33 Millionen Menschen sind laut Hilfsorganisationen von der Katastrophe betroffen, von denen landesweit bereits drei Millionen vor den Fluten geflohen sind. Pakistans Regierung schätzt die Schäden für die Landwirtschaft, andere Wirtschaftssektoren und an der Infrastruktur auf mindestens zehn Milliarden US-Dollar. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR rief zu internationaler Nothilfe auf. 6,4 Millionen Menschen benötigten sofortige Unterstützung, teilte die UN-Organisation in Genf mit. In Pakistan, einem der ärmsten Länder Asiens, leben unter anderen 1,3 Millionen registrierte Flüchtlinge aus Afghanistan. Das UNHCR lieferte nach eigenen Angaben bisher Hilfsgüter im Wert von 1,5 Millionen Euro. Der Internationale Währungsfonds stützte mit einem Darlehen von 1,17 Milliarden US-Dollar das schon vor der Hochwasserkatastrophe unter einer schweren wirtschaftlichen Krise leidende Pakistan. Die Überschwemmungen zerstörten bisher 1,6 Millionen Hektar Anbaufläche. Der Klimawandel gilt als Hauptverursacher der seit Monaten anhaltenden Wolkenbrüche. Mit seinen rund 220 Millionen Einwohnern ist Pakistan unter den zehn Ländern, die weltweit am stärksten vom Klimawandel betroffen sind. Dabei trägt es etwa ein Prozent zum weltweiten CO₂-Ausstoß bei. Seit Anfang August war die Niederschlagsmenge in Sindh neunmal höher als im Durchschnitt und in ganz Pakistan fünfmal höher.

„Europa bei unserer Jugend in guten Händen“

Von der Leyen bei erstem Besuch in Taizé inspiriert und bewegt

Von Sabine Kleyboldt und Alexander Brüggemann

Taizé „In Taizé traf ich junge Menschen, die das Leben in vollen Zügen genießen, mit einem starken Sinn für Ziele, die sich um andere und unseren Planeten kümmern“, twiterte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 28. August nach ihrem Besuch in dem Dorf im Burgund. „Ich bin zuversichtlich, dass Europa bei unserer Jugend in guten Händen sein wird.“

Rund zwei Tage hatte sich die mächtigste Frau der Europäischen Union Zeit genommen, um den Geist der ökumenischen Gemeinschaft von Taizé zu erleben und vor allem mit Geflüchteten und jungen Menschen zu reden. Freilich nutzte die langjährige CDU-Bundesministerin die Gelegenheit auch, ihre politische Botschaft vor den hunderten jungen Leuten auszubreiten. Bereits zum Auftakt ihres Besuchs sagte sie dem Schweizer Portal „kath.ch“, die Gemeinschaft von Taizé wie auch die Europäische Union stünden für die Botschaft von Versöhnung und „Never again – nie wieder“. Doch zugleich gab die evangelische Christin und siebenfache Mutter auch Persönliches preis.

So erwähnte sie, dass sich der Todestag ihrer Schwester Eva-Benita in diesen Tagen jährte. Mit elf Jahren starb sie an Lymphdrüsenkrebs, von der Leyen selbst war damals 13. „Ich spüre Hoffnung und Vertrauen in Taizé“, sagte die Politikerin. „Das hat mir geholfen, als ich an meine Schwester gedacht habe.“ Sie kenne Taizé schon seit den 1970er Jahren von ihren Brüdern und Cousins: „Ich selber war aber noch nie hier. Sie kamen verändert zurück. Das war fantastisch und hat großen Eindruck auf mich – die kleine Schwester – gemacht.“ Seit damals habe sie den Wunsch gehabt zu kommen: „Nun bin ich endlich hier und kann sagen: Die Stimmung ist fantastisch.“

Bei ihrem Besuch lobte sie Solidarität und Dienstbereitschaft der Jugend in Taizé. Das zu erleben, sei sehr inspirierend und mache sie zuversichtlich für die Zukunft Europas. Taizé sei ein „Ort der Reflexion und der Freude“, so die 63-Jährige. Jede Generation habe Verantwortung, Europa besser zu machen, betonte von der Leyen. Für ihre Generation sei es die Verantwortung, zu Solidarität und Frieden beizutragen und „uns mit unserem Planeten und seinen Ressourcen zu versöhnen“, verwies sie auf den „Green Deal“ der EU. Dafür seien noch weit mehr Anstrengungen nötig als bisher. Um dem neuen Krieg um die Ukraine zu begegnen, müsse Europa zurück an seine Wurzeln gehen, zu den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, so die Kommissionspräsidentin. „Wenn die Ukrainer aufhören zu kämpfen, wird es keine Ukraine mehr geben.“

Neben Solidarität mit der Ukraine forderte von der Leyen auch mehr Verständnis zwischen den Generationen. Ebenso wie die Jugend eine bewundernswerte Solidarität während der Corona-Zeit gezeigt habe, so müssten auch die

Älteren Solidarität im Umgang mit den natürlichen Ressourcen beweisen, um den nachfolgenden Generationen das Überleben zu ermöglichen. „Sehr bewegt“ zeigte sie sich von Begegnungen mit Geflüchteten. Die Geschichten der Menschen aus der Ukraine, Syrien, Palästina und dem Südsudan machten demütig, schrieb sie auf Twitter. „Ich bin Taizé so dankbar, dass sie hier Aufnahme und Schutz erhalten. Ein wundervolles Beispiel von Menschlichkeit“, so die EU-Politikerin.

Das von einer christlichen Bruderschaft geleitete Zentrum ist ein Symbol der ökumenischen Bewegung und wurde zum Treffpunkt für Jugendliche aus aller Welt. Der Gemeinschaft gehören rund 100 Männer aus etwa 30 Ländern an, die aus der evangelischen und katholischen Kirche stammen. Davon lebt etwa ein Viertel in kleinen Fraternitäten in Asien, Afrika und Südamerika. Sie teilen ihr Leben mit Straßenkindern, Gefangenen, Sterbenden und Einsamen.

Frère Alois Löser, der Prior der Bruderschaft, nannte von der Leyens Besuch ein „wichtiges Zeichen“ dafür, „dass die Bestrebungen und das Engagement der jungen Generation von den politischen Entscheidungsträgern und Institutionen wahrgenommen und berücksichtigt werden“. Die evangelische Christin äußerte sich ihrerseits „sehr glücklich“ über ihren ersten Besuch in Taizé. Ihr Glaube habe sie geprägt und zu der Person gemacht, die sie sei, sagte Ursula von der Leyen: „Gott ist immer bei mir.“

Europarat gegen Europride-Verbot in Serbien

Straßburg Ein Vertreter des Europarats hat die Absage der Europride, einer Kundgebung der LGBTI-Bewegung, durch Serbiens Staatschef Aleksandar Vucic kritisiert. Dies sei ein „besorgniserregender Rückschritt für die Gleichheit wie für die Demokratie“, erklärte Christophe Lacroix, Berichterstatter im Europarat für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Menschen mit nichtbinärer Geschlechtsidentität, in Straßburg. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte habe wiederholt klargestellt, dass nicht die Pride-Veranstaltungen das Problem seien, sondern deren Verbot, sagte der belgische Politiker. Nachdem Serbien in früheren Jahren Sicherheitsgründe gegen diese Art von Veranstaltungen vorgeschoben habe, stelle die geplante Europride in Belgrad einen „wichtigen Meilenstein“ für das Land dar. Die Europride, die jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet, war für den 12. bis 18. September in der serbischen Hauptstadt Belgrad geplant. Staatspräsident Vucic kündigte jetzt an, das Treffen werde verschoben oder abgesagt. Am 28. August gingen in Belgrad tausende orthodoxe Christen mit Ikonen und Kreuzen auf die Straße, um ihre Unterstützung für Vucic zu bekunden.

Geschlossene Kirchen und Angst vor Überfällen

In Nigeria werden immer öfter Priester und Ordensfrauen entführt

Von Katrin Gänsler

Abuja. Vier Ordensfrauen aus Nigeria hatten großes Glück. Die Frauen, die der Kongregation Schwestern von Jesus dem Erlöser angehören, wurden Ende August im Bundesstaat Imo entführt, zwei Tage später aber wieder freigelassen. Längst nicht jede Entführung geht so glimpflich aus. Ende Juli ermordeten Bewaffnete einen verschleppten Priester. Nach Schätzungen sollen allein in diesem Jahr mindestens vier katholische Geistliche bei Entführungen getötet worden sein. In der ersten Jahreshälfte wurden insgesamt 18 entführt, schreibt die Zeitung „The Punch“. Die Sicherheitsfirma SBM Intelligence mit Sitz in der Hafenmetropole Lagos gibt an, dass von Juli 2021 bis Juni 2022 insgesamt 3.420 Menschen im ganzen Land verschleppt wurden. 564 kamen bei Entführungen ums Leben. Das Unternehmen konnte Lösegeldzahlungen in Höhe von umgerechnet knapp vier Millionen Euro verifizieren. Die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen.

Besonders betroffen ist der Bundesstaat Kaduna. Dort gilt vor allem der Süden seit Jahren als unsicher. Es kommt zu Massakern, Konflikten der verschiedenen ethnischen Gruppen und Verschleppungen. Priester und Pastore geraten zunehmend in den Fokus. „18 Baptistenkirchen mussten wir bereits schließen“, bedauert John Joseph Hayab, Vorsitzender der Christlichen Vereinigung Nigerias (CAN) im Bundesstaat Kaduna. „Pfarrer sind nicht mehr bereit, dauerhaft in ländlichen Regionen zu arbeiten. Auch ich habe Angst und kann meine Aufgaben nicht mehr so wahrnehmen wie früher. Ich muss meine Reisen einschränken.“

Hayab wird sofort informiert, wenn in Kaduna wieder ein Pastor in die Hände von Kidnappern gerät. Längst nicht alle Entführungen schaffen es überhaupt in die Medien. Für Hayab ist klar: „Es ist das Ergebnis der schlechten Regierungsführung, die schon vor vielen Jahren begonnen hat.“ Vereinzelt gebe es zwar Erfolge der Regierung, so Hayab. Die Straße zwischen Kaduna und der Hauptstadt Abuja, die in den vergangenen Jahren zum Zentrum von Entführungen geworden ist, sei heute wieder sicher. „Die Entführungswelle ist aber keinesfalls vorbei.“

Die schlechte wirtschaftliche Lage ist aus Sicht von Ordensfrau Rosemary Ukata Ursache für die Verschleppungen. Sie ist aus der Hauptstadt Abuja, die noch als einigermaßen sicher gilt, in den Bundesstaat Abia gezogen. In Zusammenarbeit mit Frauen baut sie im Dorf einen Bauernhof auf, um Bewohnern Versorgung und Einkommen zu sichern. „Wir müssen Alternativen bieten“, sagt sie. Schutz durch Polizei oder Militär gibt es gerade in entlegenen Regionen nicht. „Plötzlich kann jemand mit

einer Kalaschnikow vor dir stehen und innerhalb von Stunden viele Millionen Naira erbeuten.“ Deshalb sei es wichtig, die Umgebung genau zu beobachten: „Wenn zum Beispiel der Verkehr auf einer Straße ins Stocken gerät, bedeutet das oft: Bewaffnete haben eine Straßensperre errichtet, und nichts bewegt sich mehr.“ Für sie ist allerdings klar: Egal, wie groß das Risiko ist, sie wird weiter in ländlichen Regionen arbeiten. „Ich lasse mich nicht einschüchtern.“

Dass aktuell mehr Priester und Pastoren verschleppt werden, liege mitunter auch an deren Lebensstil. In Nigeria sind einige Kirchengründer zu Multimillionären geworden. Sie besitzen riesige Villen im In- und Ausland, Luxusautos und Privatjets. „So entsteht ein falsches Bild. Schon wenn ich in einem Auto zu einer Veranstaltung fahre, kann das falsch interpretiert werden: Wenn jemand in einem PKW unterwegs ist, dann ist dort Geld zu holen.“

Bisher von Entführungen verschont geblieben ist Makurdi, Hauptstadt des Bundesstaats Benue in Zentralnigeria. „In der Stadt sind wir sicherer als auf dem Land“, sagt Priester Remigius Ihyula, der das Caritas-Komitee für Gerechtigkeit, Entwicklung und Frieden (JDPC) der Diözese Benue leitet. „Wir erleben, dass Priester nicht mehr in Gemeinden in Dörfern leben können. Sie fahren beispielsweise nur noch für Beerdigungen dorthin.“ Allerdings leiden nicht nur Geistliche, sondern alle, betont Ihyula: „Menschen können ihre Felder nicht mehr bestellen und nichts mehr ernten. Immer mehr kommen zu uns und bitten um Nahrung.“ Die Krise sei ernst, sagt der Priester. „Ich bin 48 Jahre alt. Eine Situation wie die aktuelle habe ich in Nigeria noch nie erlebt.“

Helfer: Immer mehr Kinder in Afrika vermisst

Nairobi/Dakar Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) verzeichnet eine wachsende Zahl vermisster Kinder in Afrika. Offiziell würden derzeit 25.000 Minderjährige gesucht, teilte die Organisation am Internationalen Tag der Verschwundenen mit. Diese Zahl spiegelt jedoch nach den Worten von IKRK-Regionaldirektor Patrick Youssef nicht annähernd das wahre Ausmaß des „oft vernachlässigten und tragischen humanitären Problems“ wider. Die Dunkelziffer liege „ohne Zweifel“ höher. Als Ursache nennt das IKRK die mehr als 35 bewaffneten Konflikte auf dem Kontinent. „Tausende Menschen, darunter Kinder, überqueren jedes Jahr Grenzen, die Sahara und das Mittelmeer auf der Suche nach Sicherheit und einem besseren Leben“, so die Organisation.